

Fragen

für die Fragestunden

der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 2. Februar 1977

am Donnerstag, dem 3. Februar 1977

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	15, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	16, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2, 36 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung im Jahr 1978 lediglich wieder eine 1 %ige Wohnungsstichprobe und erst im Jahr 1981 in Verbindung mit einer Volkszählung eine Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung durchzuführen beabsichtigt, und wie vereinbart gegebenenfalls die Bundesregierung diese Absicht mit der auch von ihr beklagten unzureichenden Datenbasis auf diesem Gebiet als Grundlage einer sachgerechten Raumordnungs-, Wohnungs- und Städtebaupolitik?
2. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung — gegebenenfalls in welchem Umfang — in das in der Regierungserklärung angekündigte langfristige Investitionsprogramm zum Infrastrukturausbau auch Wohnungsbaumaßnahmen einzubeziehen, in welchem Umfang ist sie insbesondere bereit, das Regionalprogramm zur Wohnungsbauförderung über das Jahr 1977 hinaus fortzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung in den internationalen Gremien in denen der Nord-Süd-Dialog geführt wird, oder anderswo dafür einsetzen, eine Vermittlungskommission im Nord-Süd-Konflikt zu ernennen, und unterstützt die Bundesregierung ggf. in diesem Zusammenhang den Vorschlag McNamaras, den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen, Willy Brandt, zum Vorsitzenden einer solchen Vermittlungskommission zu ernennen, oder — wenn nein — wird die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung zu diesem Vorschlag dem Präsidenten der Weltbank anlässlich des bevorstehenden Besuches des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Schlei, bei der Weltbank zum Ausdruck bringen?
4. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die auf dem 13. Kongreß vom 26. bis 28. November 1976 in Genf von der Sozialistischen Internationalen angenommene Resolution bekannt, worin u.a. die Auffassung vertreten wird, der automatische Ablauf des Marktmechanismus sei nicht geeignet, die Voraussetzungen für Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen, und das offensichtliche Versagen des internationalen „Kapitalismus“ erfordere eine völlig neue Art des Ansatzes bei den internationalen Wirtschaftsproblemen, der nur ein „sozialistischer“ Ansatz sein könne, und wenn ja, hat sich die Bundesregierung dazu eine Meinung gebildet und welche Auffassung vertritt sie ggf. dazu?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Billigt es die Bundesregierung, daß ein Bediensteter einer obersten Bundesbehörde unter Angabe seiner dienstlichen Stellung einen Beitrag in einer Zeitschrift veröffentlicht, die das Sprachrohr einer Vereinigung ist, welche vom Bundesinnenminister bezeichnet wird als „eine von linksradikalen Gruppierungen, insbesondere von der DKP gegründete und maßgeblich beeinflusste Hilfsorganisation, die nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes steht“, und die in einem DKP-gesteuerten Verlag erscheint, obwohl dieser Beitrag ersichtlich nicht der politischen Auseinandersetzung mit der Zeitschrift, der Vereinigung oder dem Verlag dient?
6. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Kostenerstattungssätze nach § 122 (Sterbegeld) des Bundesbeamtengesetzes der allgemeinen Kostenentwicklung anzupassen, wenn ja, in welcher Höhe wird die Anpassung erfolgen?
7. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Mehraufwendungen, die Eigentümern und Bauherren von Gebäuden und Wohnungen in Lärmschutzbereichen in der Umgebung von Flugplätzen durch das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und die dazu ergangenen Verordnungen entstehen und die zum Beispiel in Schutzzone 2 für ein Einfamilienhaus 30 000 bis 50 000 DM zu Lasten des Eigentümers oder Bauherrn ausmachen, gemäß dem Verursacherprinzip in vollem Umfang vom Betreiber des Flughafens zu übernehmen sind und insbesondere auch Schutzzone 2 in eine Entschädigungsregelung Eingang finden sollte, und wird sie gegebenenfalls eine entsprechende Initiative ergreifen?
8. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft die Darstellung eines Leserbriefs in der Stuttgarter Zeitung zu, nach der der zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte chilenische Student Raul Ulloa Lagunas die Erlaubnis der chilenischen Behörden hat, sein Land zu verlassen, jedoch immer noch im Gefängnis in Temuco (Südchile) sitzt, weil das Bundesinnenministerium seit Mai 1976 ein Einreisevisum verweigert, obwohl die Stadt Erlangen bereit wäre, den Chilenen aufzunehmen?
9. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, politisch verfolgten Argentinern und in Argentinien politisch verfolgten Ausländern in der Bundesrepublik Asyl zu gewähren, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls mit den Bundesländern in Verhandlungen treten, um die Aufnahme von politisch Verfolgten aus Argentinien in der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen?

10. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß das langwierige bürokratische Verfahren zur Aufnahme von in Argentinien verfolgten Ausländern vereinfacht werden muß, weil es bisher dazu geführt hat, daß kein einziger Flüchtling seit dem Putsch in Argentinien in der Bundesrepublik Deutschland Asyl gefunden hat, und wenn ja, welche Änderungsmaßnahmen sind vorgesehen?
11. Abgeordneter
Schäfer
(Appenweier)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die bayerische Landesregierung vor dem Ausschuß für Umweltfragen des bayerischen Landtags mitgeteilt hat, daß die Erteilung für die Betriebsgenehmigung des Kernkraftwerks Isar in Ohu bei Landshut von der Aufklärung des Störfalls im Kernkraftwerk Gundremingen abhängig gemacht wird, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit klarzustellen, daß die Genehmigung vielmehr von der von der Bundesregierung — zuletzt in der Regierungserklärung — angekündigten Klärung der Entsorgung abhängig ist?
12. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die von Regierungsdirektor Schmidt-Sinns in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ „Aus Politik und Zeitgeschehen“ vorgetragene These, daß „das Lernziel ‚Gesamtdeutsches Bewußtsein‘“ entweder „als leere Lippenbekenntnisse“ oder „als Unaufrichtigkeiten, . . . was ein Irredenta-Klima erzeugen würde“ einzuordnen ist, und wie läßt sich diese These mit dem Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz und dessen Erneuerung im Bundesverfassungsurteil vom 31. Juli 1973 vereinbaren?
13. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das SED-Regime den gewaltsamen Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken durch Zurverfügungstellung erheblicher Summen und durch Entsendung von geschulten Störgruppen schürt, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung gegen derartige widerrechtliche Einmischungsversuche unternommen?
14. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesregierung seit Anfang Januar Erkenntnisse über das Treiben des SED-Regimes vorliegen, und warum hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung dies der Öffentlichkeit bisher verschwiegen?
15. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wieviele Betriebsgruppen der DKP und der SDAJ und wie viele Betriebszeitzungen dieser beiden Organisationen gibt es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung derzeit in der Bundesrepublik Deutschland, und wie viele Betriebsräte in deutschen Betrieben gehören der DKP bzw. der SDAJ an?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wird die Bundesregierung bei der Überprüfung der bisherigen Erlasse an die Finanzverwaltung auf ihre Übereinstimmung mit der neuen Abgabenordnung sicherstellen, daß das im Erlaß an die Oberfinanzpräsidenten vom 2. August 1949 der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets — III S 1171 — 23/49 — festgelegte Bankgeheimnis nicht zuungunsten der Sparer eingeschränkt wird?
17. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die Nichtbekanntgabe eines Termins für das Inkrafttreten der Ausdehnung des § 7 b EStG auf Altbauten sowie des entsprechenden Wegfalls der Grunderwerbsteuer den Grundstücksmarkt lähmt, ja sogar in diesem Bereich zum Erliegen bringt, und wird die Bundesregierung nunmehr rasch den Termin des Inkrafttretens bekanntgeben?
18. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Kann es zur Vermeidung von Härten nach Auffassung der Bundesregierung für die Gewährung des am 1. Januar 1977 eingeführten Ausbildungsfreibetrags nach § 52 Abs. 22 des Einkommensteuergesetzes nicht genügen, wenn die Voraussetzung der Vollen- dung des 18. Lebensjahrs nicht während des ganzen Kalenderjahrs, sondern nur während eines Teils des Kalenderjahrs vorliegt, und wenn nein ist die Bundesregierung bereit, eine ähnliche Regelung vorzu- sehen wie z. B. beim Ehegattensplitting, bei dem lediglich darauf abgestellt wird, daß die Vorausset- zungen während des Kalenderjahrs eintreten?
19. Abgeordneter
Peiter
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Finanzämter — wie vom Vor- sitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft be- hauptet — ausstehende Steuern im Umfang von 23 Milliarden DM vor sich herschieben, und was will die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um den Ab- bau dieses Rückstands zu ermöglichen?
20. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Verlängerung der Geltungsdauer des § 13 Abs. 3 EStG (Freibetrag für Land- und Forstwirte), des § 14a EStG (Freibetrag bei der Veräußerung des Betriebs oder einzel- ner land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke) und der §§ 76 bis 78 EStDV (Begünstigung bei der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirt- schaftsgüter durch Land- und Forstwirte) vorzu- schlagen, und wie wird sie bejahendenfalls sicher- stellen, daß die zum nächsten Vorauszahlungstermin zu leistenden Einkommensteuvorauszahlungen nicht unter Hinweis auf den Wegfall dieser Begün- stigungen erhöht werden?
21. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)
- Wie sind die Bundesausgaben auf Grund der Kon- junkturprogramme von September und Dezember 1974 sowie August 1975 abgeflossen, und wie wer- den die noch nicht abgeflossenen Mittel künftig abfließen (Beträge aufgegliedert nach Rechnungs- jahren)?

22. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Steigerungsraten der Gesamtausgaben und der investiven Ausgaben des Bundes gegenüber dem jeweiligen Vorjahresergebnis sowie die jeweiligen Anteile der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben (Investitionsquote) mit und ohne Berücksichtigung des Mittelabflusses aus den Konjunkturprogrammen von September und Dezember 1974 sowie August 1975 in den Rechnungsjahren 1974 bis 1977?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

23. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Arbeitsplätze in der deutschen Schirmindustrie zunehmend stärker durch Billigimporte (Dumpingpreise) vornehmlich aus dem fernöstlichen Raum gefährdet werden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser Entwicklung zu ziehen?
24. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Ermächtigungsrahmen für Exportgarantien in Höhe von rd. 75 Millionen DM ausgeschöpft ist, und welche darüber hinausgehende wichtige Exportabschlüsse können deshalb nicht abgesichert werden?
25. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Ausweitung des staatlichen Garantierahmens nötig ist, um den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß außenwirtschaftlich abzusichern, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
26. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Dr. Bund, daß durch die Probleme beim Bau der Atomkraftwerke bis 1985 eine Bedarfslücke von 10000 MW Strom entstehen wird, und daß diese Lücke durch Kohlestrom geschlossen werden kann, wenn jetzt die Entscheidungen über den Neubau von Steinkohlekraftwerken fallen, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie ziehen?
27. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung untersuchen lassen, in welchem Umfang der Elektrizitätsverbrauch durch die Gestaltung der Tarife beeinflußt wird, und welche politischen Folgerungen hat sie hieraus gezogen?
28. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Gedenkt insbesondere die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die Tarifgestaltung für den Elektrizitätsverbrauch in Haushalten wegführt von der Kombination Grundbetrag plus Verbrauch an Kilowattstunden zu einer mehr an dem wirklichen Verbrauch der Haushalte orientierten Preisgestaltung, um damit auch einen wirksameren Anreiz zum Einsparen von Strom zu schaffen?
29. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie von der Interessengemeinschaft Nordhessischer Ziegelwerke behauptet — die Existenzgrundlage Nordhessischer Ziegelwerke und damit deren Arbeitsplätze dadurch infrage gestellt wird, daß durch Billigimporte aus der DDR die Auftragslage dieser Betriebe entscheidend geschwächt wird, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, eine solche Entwicklung zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|--|
| 30. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Wie weit sind die Bemühungen in den einzelnen EG-Ländern gediehen, ein Gesetz zum Schutz der europäischen Vogelarten auszuarbeiten? |
| 31. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, um die Ausrottung vieler Vogelarten zu verhindern? |
| 32. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Anträge auf Gewährung von Rodeprämien für Obstbäume von den zuständigen Behörden nicht oder nicht in angemessener Zeit bearbeitet werden, und wenn ja, worauf ist dies zurückzuführen, und wann werden nach Ansicht der Bundesregierung die beantragten Prämien an die Antragsteller ausgezahlt? |
| 33. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung es gegebenenfalls mit den Regeln der Rechtsstaatlichkeit für vereinbar, daß bei den betroffenen Bürgern berechnete Hoffnungen geweckt wurden, daß sie eine Obstbaumrodeprämie binnen kurzer Zeit nach Ende der Antragstellungsfrist erhalten und sie nunmehr die Prämie entweder gar nicht oder nur mit großer Verzögerung bewilligt und ausgezahlt bekommen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

- | | |
|---|---|
| 34. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) | Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß Kinder von Ausländern für den Bezug des Kindergelds als in der Bundesrepublik Deutschland lebend gemeldet sind, obwohl sie tatsächlich in ihrem Heimatland leben? |
| 35. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) | Wenn ja, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die tatsächliche Anwesenheit der Kinder – soweit im schulpflichtigen Alter – über die Schulbehörden feststellen zu lassen, um die Höhe der Zahlungen in den gesetzlich erforderlichen Grenzen zu halten? |
| 36. Abgeordneter
Ziegler
(CDU/CSU) | Welchen Selbstverwaltungsorganen der Träger der Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit hat die Bundesregierung vor der Pressekonferenz des Bundesarbeitsministers am 14. Januar 1977 Gelegenheit zur Stellungnahme zu den dort verkündigten Maßnahmen gegeben, bzw. welche Mitglieder dieser Organe hat sie wann mit welchem Ergebnis konsultiert? |
| 37. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Schwerbehindertenausweise mit dem Vermerk der Notwendigkeit einer Begleitperson für Kinder erst ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr ausgestellt werden, mit der Folge, daß schwerbehinderte Kinder zwischen vier und sechs Jahren im Nahverkehr der Deutschen Bundesbahn keinen Anspruch auf eine kostenlos zu befördernde Begleitperson haben, und wenn ja, wodurch ist die unterschiedliche Behandlung von Kindern zwischen vier und sechs Jahren einerseits und älteren schwerbehinderten Kindern andererseits zu erklären bzw. zu rechtfertigen, und ist die Bundesregierung bereit, hier Abhilfe zu schaffen? |

38. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU)
- Trifft die Behauptung, die der Bund Deutscher Hirnbeschädigter in seinem Pressedienst vom 6. Januar 1977 aufstellt, zu, wonach die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, statt der vom Gesetz geforderten 40 000 Pflichtplätze für Behinderte nur 20 000 Behinderte beschäftigt und für die fehlenden 20 000 Plätze 24 Millionen DM Bußgeld zahlt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Mißstand zu beheben?
39. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Informationen aus der Wirtschaft, daß zahlreiche Empfänger von Arbeitslosengeld offenbar nicht an der Annahme eines zumutbaren Arbeitsplatzes interessiert sind, und daß es aus diesem Grund oft nur unter Schwierigkeiten möglich ist, trotz einer relativ hohen Zahl von vermittlungsfähigen Arbeitslosen, offene Arbeitsplätze zu besetzen?
40. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen bzw. im Deutschen Bundestag Vorschläge zu unterbreiten, die eine schärfere Kontrolle der Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe im Hinblick auf ihre Bereitschaft zur Übernahme eines offenen Arbeitsplatzes zum Ziel haben?
41. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Gesetz über die betriebliche Altersversorgung für die Ermittlung von Beiträgen an Pensionsversicherungsvereine unverhältnismäßig kostspielige mathematische Gutachten nötig sind, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?
42. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, die durchschnittlichen Arbeitsverdienste für die Berechnung der Verletzten- und Hinterbliebenenrenten in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, bisher 9000 DM, anzuheben und gegebenenfalls wann und in welcher Höhe?
43. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen bzw. dem Bundestag in Form eines Gesetzentwurfs vorzulegen, die geeignet sind, die Situation der Bundesrepublik Deutschland, in der — laut Erhebung des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden — für je 519 Bundesbürger durchschnittlich ein Arzt zur Verfügung steht, auf die ländlichen Regionen, die bekanntlich mit bis zu mehr als 10 % darunter liegen, zu übertragen?
44. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Schwierigkeiten bei der Einführung eines einheitlichen Sicherheitszeichens für Prüfungen nach dem Maschinenschutzgesetz, über die die Zeitschrift „Test“ berichtet, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Verbraucher über die Sicherheit von Maschinen, Geräten und Spielzeug durch die Hersteller ausreichend informieren zu lassen?
45. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung eine Überarbeitung des Maschinenschutzgesetzes mit dem Ziel, den Handel in das Gesetz einzubeziehen und damit der Gewerbeaufsicht zu ermöglichen, unsichere Maschinen, Geräte und Spielzeug, die vom Handel angeboten werden, aus dem Verkehr zu ziehen?

46. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der in § 14 Abs. 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes festgelegte 7 Uhr Arbeitsbeginn für jugendliche Auszubildende im Fleischerhandwerk mit den üblichen Betriebs- und Produktionsbedingungen nicht in Einklang zu bringen ist und auch unter Berücksichtigung der Wünsche der Verbraucher als nicht zumutbar angesehen werden muß, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer an Berufsbild- und Ausbildungsrahmenplan für das Fleischerhandwerk orientierten Ausbildung durch eine Ausnahmeverordnung nach § 21 Abs. 3 des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu ermöglichen, daß Jugendliche in Fleischereien entgegen § 14 Abs. 1 bereits ab 6 Uhr beschäftigt werden dürfen?
47. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zweckmäßigkeit des § 1249 RVO unter dem Gesichtspunkt, daß den Versicherten die Versicherungszeiten, die sie vor dem 1. Januar 1924 erbracht haben, unter bestimmten Voraussetzungen aberkannt werden und den Sozialgerichten eine Umgehung der bestehenden Regelungen nicht möglich ist, zumal der Kreis der davon Betroffenen immer kleiner wird, und ist die Bundesregierung bereit, den § 1249 RVO in absehbarer Zeit ganz zu streichen und was spricht dagegen?
48. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung eine verbindliche Entscheidung darüber getroffen, daß die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Neurenten ab 1. Januar 1978 nicht mehr aus dem allgemeinen Einkommensanstieg der Jahre 1974, 1975 und 1976 errechnet werden soll, sondern aus den Jahren 1975, 1976 und 1977 (geschätzt)?
49. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesregierung diese beabsichtigte Änderung der bisher geltenden Rentenformel den Mitgliedern des 8. Deutschen Bundestages in der dreitägigen Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung vom 19. bis 21. Januar 1977 nicht genannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß gegenwärtig viele Verfahren auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer, insbesondere Widerspruchsverfahren etc., schleppend oder gar nicht weiterbehandelt werden auf Grund des Gesetzesvorhabens zur Änderung des Anerkennungsverfahrens?
51. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Sind die Konzeptionen des Wehrgeschichtlichen Museums und der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte, die zur Zeit beide im Rastatter Schloß untergebracht sind, derart aufeinander abgestimmt, daß bei der Befriedigung des vorhandenen zusätzlichen Raumbedarfs des Wehrgeschichtlichen Museums der Teil, der heute im Schloß untergebracht ist, dort verbleiben kann, oder trifft ein Bericht von „Bundeswehr aktuell“ zu, wonach eine Verlegung des Wehrgeschichtlichen Museums ins Rheinland ins Auge gefaßt ist?

52. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Teilnehmer an Berufsförderungsmaßnahmen in Rehabilitationszentren während der Umschulung zur Ableistung von Wehrübungen und des Grundwehrdienstes einberufen werden, und hält sie dies für richtig, vor allem in Hinsicht auf die zusätzlichen Kosten, die dem sozialen Leistungsträger dadurch entstehen?
53. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Wiedereingliederung in das Berufsleben von erwachsenen Körperbehinderten erheblich erschwert wird, wenn die Umschulungsmaßnahmen unterbrochen werden, bzw. das erworbene Wissen nicht zunächst durch praktische Anwendung im Beruf gefestigt werden kann, weil der Betroffene zur Ableistung des Wehrdienstes einberufen wird, und wie gedenkt die Bundesregierung hier grundsätzlich Abhilfe zu schaffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

54. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Was ist der Grund dafür, daß die Regierungserklärung mit keinem Wort zu einem gesundheitspolitischen Problem ersten Ranges Stellung nimmt, nämlich zur Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland, dem die vorhergehenden Bundesregierungen wie der Bundestag selbst hohe Bedeutung beigemessen haben?
55. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung voraussichtlich ihre Stellungnahme zum Bericht der Sachverständigenkommission über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland dem Deutschen Bundestag zuleiten, nachdem die Sachverständigenkommission den Bericht ihrerseits schon im Herbst 1975 der Bundesregierung überreicht hat?
56. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Ausgestaltung des Adoptionsvermittlungsgesetzes die Zuordnung ärztlich-psychologischer Dienste zu gewährleisten, und wie sollen solche Stellen aussehen?
57. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie sollen solche Stellen mit den lokalen Ämtern zusammenarbeiten, und wann werden sie eingerichtet?
58. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der Trinkwasser-Verordnung des Bundes selbstgenutzte Quellen jährlich untersucht werden und dabei Kosten von ca. 700 DM in extremen Fällen von ca. 1000 DM entstehen können, während der Wert des entnommenen Wassers pro Jahr nur einen Bruchteil der entstehenden Kosten ausmachen kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
59. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit zuzulassen, daß in begründeten Fällen und in bestimmten Gebieten nur Stichproben gemacht werden, nicht aber jede einzelne Quelle untersucht wird?

60. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Haben die Kritiker des Arzneimittelgesetzes — wie z.B. die sogenannte Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft — der Bundesregierung neues Erkenntnismaterial vorgelegt, wodurch mit statistisch und methodisch unumstrittenen und in der wissenschaftlichen Diskussion erhärteten Tatsachen nachgewiesen wird, daß der Wirksamkeitsnachweis von Arzneimitteln bei allen behandlungsbedürftigen Erkrankungen unter Berücksichtigung der in Tokyo revidierten Deklaration von Helsinki und der Methodenlehre der klinischen Statistik durchgeführt werden kann, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
61. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die im Gutachten der Vereinigung deutscher Wissenschaftler zur Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik Deutschland enthaltene Behauptung, daß es um die Arzneimittelsicherheit in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor schlecht bestellt sei und sich eine Katastrophe wie im Fall Contergan leicht wiederholen könne, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun?
62. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Ist die Information zutreffend, daß das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine gesetzliche Regelung vorbereitet, die die selbständige Ausübung der Psychotherapie durch nichtärztliche Psychotherapeuten regeln wird, und falls ja, wann ist hier mit einer Vorlage der Bundesregierung zu rechnen?
63. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß eine bundeseinheitliche Regelung der Ausbildung von Rettungssanitätern notwendig ist, und sind hierzu bereits Vorarbeiten geleistet worden?
64. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Rheumaerkrankungen in der Bundesrepublik Deutschland zu, bzw. hat sie einen Überblick über den Umfang der Schäden und deren Kosten?
65. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit wird die Bundesregierung den Anliegen der Internationalen Rheumaliga Rechnung tragen, die das Jahr 1977 zum Internationalen Rheuma-Jahr erklärt hat?
66. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß immunbiologische Behandlungen bei Wiederholungspockenschutzimpfungen generell oder im Einzelfall medizinisch notwendig sein können, und wenn ja, sieht sie dann diese immunbiologische Behandlung als Teil der Impfung im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Pockenschutzimpfung vom 18. Mai 1976 an?
67. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen die Auffassung vertritt, daß auch eine als medizinisch notwendig anzusehende immunbiologische Vorbehandlung bei Wiederimpfungen nicht als eine Maßnahme, die aus dem Gesetz über die Pockenschutzimpfung vom 18. Mai 1976 folgt, anzusehen ist, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls darauf hinzuwirken, zu einer einheitlichen Rechtsauslegung zu gelangen?

68. Abgeordnete
**Frau Dr. Neu-
meister**
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung im Hinblick auf die offensichtliche Fehlplanung beim Neubau des Klinikums Aachen mit seinen exorbitanten Bau- und Betriebskosten sicherstellen, daß die Forderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes nach „sozial tragbaren“ Pflegesätzen in solchen Fällen künftig auch tatsächlich eingehalten werden kann?
69. Abgeordnete
**Frau Dr. Neu-
meister**
(CDU/CSU) Welche konkreten Änderungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung hält die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Krankenhausplanung und dem Pflege-satzwesen überhaupt für erforderlich?
70. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die durch eine Analyse der Gesetzgebungs- und Verordnungspraxis auf dem Gebiet des Lebensmittelrechts im Verbraucherdienst, Ausgabe B, Heft 11/1976, hervorgerufenen Forderungen des Hauptverbands des Deutschen Lebensmitteleinzelhandels vom 7. Januar 1977 nach einer grundsätzlichen Revision der lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, weil die Einzelhandelsbetriebe nicht mehr in der Lage seien, die vielfältigen Bestimmungen zu übersehen und deshalb ständig Gefahr liefen, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, und wird sie diese Forderungen zum Anlaß nehmen, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen?
71. Abgeordnete
**Frau Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Ausführung der Trinkwasser-Verordnung vom 31. Januar 1975 durch Landesbehörden nicht nur solche Quellen zu jährlichen mikrobiologischen, physikalischen und chemischen Untersuchungen herangezogen werden, aus denen Trinkwasser oder Brauchwasser für Lebensmittelbetriebe entnommen wird, sondern auch reine Eigenversorgungsanlagen, hält die Bundesregierung diese qualifizierten Untersuchungen für unabdingbar notwendig, und wenn ja, aus welchen Gründen?
72. Abgeordnete
**Frau Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Besitzern von Quellen zur reinen Eigenversorgung durch diese Untersuchungen Kosten von jährlich 700 DM bis 1000 DM entstehen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten zu verordnen bzw. darauf hinzuwirken, daß die Zeiträume zwischen den Untersuchungen verlängert und die Kosten des Untersuchungsverfahrens entscheidend gesenkt werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

73. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Konsequenzen aus der Havarie des 1953 gebauten liberianischen Tankers „Argo Merchant“ am 15. Dezember 1976 vor der Ostküste der Vereinigten Staaten in der Weise zu ziehen, indem sie sich auf internationaler Ebene für eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen für Tanker einsetzt, insbesondere bezüglich Ausrüstung und Alter noch in Fahrt befindlicher Tanker?

74. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der besorgniserregenden Zahl von sechs Tankerhavarien, allein im Dezember 1976, solchen Tankern die Durchfahrt durch nationale Gewässer zu verbieten, die nicht den deutschen Sicherheitsbestimmungen genügen, um Katastrophen der Art, wie sie im Atlantik zu befürchten sind, entgegenzuwirken?
75. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die zentrale Verkaufsleitung der Deutschen Bundesbahn von Frankfurt nach Mainz verlegt werden soll, und welche Vor- und Nachteile sind mit dieser Maßnahme voraussichtlich verbunden?
76. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn, nach der Auflösung der Bundesbahndirektion Regensburg jetzt auch die zentralen Stellen Brückenmeisterei, Fernmeldemeisterei, Gleislager und Signalmeisterei mit rund 1200 Arbeitsplätzen in Regensburg aufzulösen?
77. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für geboten, daß bei der Entscheidung über eine Auflösung von zentralen Stellen der Deutschen Bundesbahn in Regensburg berücksichtigt wird, daß der ostbayerische Raum mit der Auflösung der Bundesbahndirektion Regensburg bereits eine große Anzahl von hochwertigen Arbeitsplätzen verloren hat und im Gegensatz zu den anderen Städten, in denen ebenfalls Bundesbahndirektionen aufgelöst wurden, in Regensburg keine entsprechenden Ersatzstellen eingerichtet wurden?
78. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisher ermittelten Vergleichszahlen über die Unfallhäufigkeit auf den Bundesautobahnen insoweit als überholt anzusehen sind, als es sich um neuere Autobahnstrecken in gebirgigem Gelände handelt, die jetzt erstmals einer längeren Periode kalten und schneereichen Winterwetters ausgesetzt sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
79. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß bezüglich der neueren gebirgigen Autobahnstrecken, die sich auf Grund des nun seit Jahren erstmals wieder aufgetretenen länger anhaltenden Winterwetters als besonders unfallträchtig herausgestellt haben, die Anordnung folgender weiterer Sicherungsmaßnahmen erwogen werden sollte: Anbringung situationsgerechter Sonderbeschilderungen drastisch-suggestiven Charakters (Totenkopf-Symbol mit Hinweis auf Unfallzahlen oder dergleichen) auch in den Bundesländern, in denen bisher auf derartige außerordentliche Warnschilder verzichtet worden ist, Einsatz automatisch oder zentral zu steuernder Nebel- und Glatteiswarnanlagen an besonders nebel-, schnee- oder glatteisgefährdeten Autobahnen und Installation weithin sichtbarer Windsäcke an besonders gefährlichen Talbrücken nach bewährtem hessischen Vorbild?
80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß das Dezernat 17 des Bundesbahnzentralamts Minden nach München verlegt werden soll, und wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor?

- | | |
|--|---|
| 81. Abgeordneter
Marschall
(SPD) | Begründen die Erfahrungen der Deutschen Bundesbahn mit der versuchsweisen Einführung der zweiten Klasse in Intercity-Zügen eine weitere Ausdehnung dieses Angebots? |
| 82. Abgeordneter
Marschall
(SPD) | Welche Möglichkeiten zur Schadensbekämpfung stehen für den Fall einer Meeresverpestung durch große Öltanker vor der deutschen Küste zur Verfügung, bzw. welche weiteren Maßnahmen sind seitens der zuständigen Stellen vorgesehen? |
| 83. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) | Denkt die Bundesregierung daran, eine Numerierung von Autobahnausfahrten einzuführen, um eine erleichterte Orientierung zu garantieren? |
| 84. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die ältere Bevölkerung in den ländlichen Räumen, deren Bahnhöfe nicht mehr besetzt sind, die Möglichkeit erhält, die Seniorenkarte der Deutschen Bundesbahn ortsnah zu kaufen oder mit ermäßigtem Tarif im Bahnbus bis zur nächsten Ausgabestelle der Seniorenkarte zu reisen? |
| 85. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung zur längerfristigen Behebung der bedrohlichen und künftig auch nicht auszuschließenden Entwicklung für die durchweg mittelständisch strukturierte Straßenbauwirtschaft für erforderlich, daß die Auftragsvergabe zur gleichmäßigen Auslastung der Straßenbaukapazitäten verstetigt und die zur Verfügung stehenden Mittel vor Ende des Haushaltsjahrs rechtzeitig abgebaut werden, und ist die Bundesregierung bereit, aufklärende Informationen an die Bevölkerung über die volkswirtschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit des Straßenbaus auch im Sinne des Umweltschutzes herauszugeben? |
| 86. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Ost-Berlin Verhaftungen auf den Zugangswegen von und nach Berlin unter Berufung auf die Mißbrauchsklausel vorgenommen hat, die durch deren Inhalt nicht abgedeckt sind, und was hat die Bundesregierung unternommen, um bei der Verfolgung von wirklichen Straftaten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zu kommen, die politischen Hintergedanken Ost-Berlins keinen Vorschub leistet? |
| 87. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß sich die Postämter in der „DDR“ in vertragswidriger Weise weigern, vorschriftsmäßig mit einem „D“ vor der Postleitzahl gekennzeichnete Sendungen nach West-Berlin zur Beförderung anzunehmen, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung gegen den Bruch der entsprechenden vertraglichen Vereinbarung mit Ost-Berlin unternommen? |
| 88. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) | Gedenkt die Bundesregierung, auf Grund ihrer Aufsichts- und Leitungsfunktion bei der Deutschen Bundespost darauf hinzuwirken, bei der Behandlung von Wertsendungen größere Sicherheit zu gewährleisten, und wie sehen gegebenenfalls die entsprechenden Maßnahmen aus? |

89. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Welchen Stand haben die Beratungen über eine gesetzliche Lösung des Problems der Störungen des Fernsehempfangs durch Hochhäuser (Hochhausabschattung) erreicht?
90. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Welche Kennung ist für Postsendungen aus der DDR bzw. Berlin (Ost) nach Berlin (West) gemäß dem Postabkommen vom 27. Februar 1976 vereinbart worden?
91. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Inwieweit ist der Bundesregierung eine davon abweichende Praktizierung seitens der DDR-Post bekannt, und welche Schritte hat sie gegebenenfalls gegenüber der DDR-Regierung unternommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

92. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich während des Wochenendes vom 15./16. Januar die Zahl der Einreiseverweigerungen durch die Ostberliner Behörden in ungewöhnlichem Maß gehäuft hat, wobei insbesondere Besuche bei Personen verhindert werden sollten, die einen Antrag auf Ausreise aus der „DDR“ gestellt hatten, und was hat – bejahendenfalls – die Bundesregierung unternommen, um eine weitere Aushöhung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin sowie des in den Verträgen mit Ost-Berlin und den Vereinbarungen von Helsinki angestrebten Zustands in Deutschland zu verhindern?
93. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den von Ost-Berlin förmlich erhobenen Protest gegen die Erteilung von Auskünften durch die Ständige Vertretung an Deutsche im Herrschaftsbereich des SED-Regimes in der gleichen Form zurückweisen, sowie gegen die Kontrolle von Besuchern der Vertretung nach dem Verlassen des Gebäudes in aller Form scharf protestieren, und wie rechtfertigt die Bundesregierung, gegebenenfalls, eine verneinende Antwort mit der Schutz- und Fürsorgepflicht, die ihr nach dem Grundgesetz gegenüber allen Deutschen obliegt?
94. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Verbirgt sich hinter der Feststellung von Staatssekretär Höhmann in der Hessischen Allgemeinen vom 18. Januar 1977, daß die Zonenrandförderung in diesem Jahr nicht „abgebaut oder mit halber Kraft weitergeführt werden soll“, die Absicht der Bundesregierung, diese Maßnahme nach dem Jahr 1977 substantiell zu verändern, oder was versteht die Bundesregierung unter dem bei dieser Förderung angeblich bisher angewandten „Gießkannenprinzip“?
95. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wie läßt sich nach Ansicht der Bundesregierung die Tatsache, daß die DDR auch 1977 eine Verbesserung der Beziehungen der innerdeutschen Sportorganisationen verhinderte, mit der Entspannungspolitik und dem sogenannten Geist von Helsinki in Einklang bringen, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Haltung der DDR ziehen?

96. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung den nicht begründbaren Vorwurf der DDR, unsere Ständige Vertretung in Ost-Berlin „mische sich in die inneren Angelegenheiten der DDR (durch Auskünfte gegenüber DDR-Bewohnern) ein“, durch eine notifizierte Erklärung zurückgewiesen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, über den mündlichen Protest hinaus eine förmliche Erklärung gegenüber der DDR-Regierung abzugeben?
97. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung den Standpunkt teilen, daß ein förmlicher Protest erforderlich ist, da die DDR durch ihr Verhalten gegenüber unserer Ständigen Vertretung innerdeutsche Vereinbarungen verletzt?
98. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Ist zudem ein förmlicher Protest nicht auch aus Gründen der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern der Ständigen Vertretung geboten?
99. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Muß die Bundesregierung nicht befürchten, daß durch die Unterlassung von Maßnahmen gegen die neuesten Willkürakte die DDR ständig versuchen wird, den Besuchsverkehr mit unserer Vertretung einzugrenzen oder gar abzuschneiden?
100. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, daß der Ständige Vertreter der DDR-Regierung in Bonn, Michael Kohl, im Auftrag der sowjetischen Geheimpolizei an der Zerschlagung freiheitlicher Regungen in der Universität Jena beteiligt war?
101. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Handelt es sich bei dem Ständigen Vertreter der DDR-Regierung in Bonn, Michael Kohl, um jenen Michael Kohl, der Anfang der 50er Jahre offizieller Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Landesleitung des Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Landesverband Thüringen, Weimar, Friedrich-Engels-Ring 63 war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

102. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß es — wie in Der Spiegel vom 10. Januar 1977 dargelegt — bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln für Forschung und Entwicklung durch das Bundesforschungsministerium Mißstände gibt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung unternommen, um derartige Mißstände zu beseitigen?
103. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Auf wie viele Empfänger verteilen sich die Forschungszuwendungen des Bundesforschungsministers in der Wirtschaft im Jahr 1975, gestaffelt nach Größenklasse der Zuwendung, und welche Verwaltungskapazität ist zur Verteilung dieser Forschungsgelder erforderlich?
104. Abgeordneter
Schäfer
(Appenweier)
(SPD) Welche „politischen, technischen und wirtschaftlichen“ Gründe im einzelnen haben die Bundesregierung bewogen, bis heute nicht in Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Möglichkeiten einer Entsorgung deutscher Kernkraftwerke in den USA einzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

105. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die dem Sicherheitsrat angehören, unterschiedlich abgestimmt haben, als ein Beschluß zu den Differenzen zwischen Botswana und Rhodesien gefaßt wurde, und was hat die Bundesregierung unternommen, um eine einheitliche Haltung der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft herbeizuführen und insbesondere eine Übereinstimmung mit der von den Vereinigten Staaten eingenommenen Haltung zu erreichen?
106. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft der Inhalt von Meldungen zu, die Verkündung der „DDR“-Gesetzgebung, die sich auf den sowjetischen Sektor Berlins erstrecken soll, im Verordnungsblatt des Ostberliner Magistrats werde als überflüssig eingestellt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — dagegen bei den drei Schutzmächten angeregt, insbesondere für den Fall eines noch schwererwiegenden Verstoßes gegen den Status der Stadt in Gestalt eines Verzichts auf die Übernahme solcher Vorschriften durch die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung?
107. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Moskau und Ost-Berlin in Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen sich dagegen gewandt haben, daß ein Bediensteter des Bundeskartellamts Mitglied der deutschen Delegation in der Arbeitsgruppe Verhaltenskodex der transnationalen Monopole ist, da der Sitz des Bundeskartellamts illegal sei und im Gegensatz zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin stehe, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung dagegen unternommen?
108. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der griechische Minister für Wirtschaftskoordination bei ein und derselben Gelegenheit erklärt hat, die von Griechenland gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Milliardenforderungen seien niemals aufgegeben worden, und die Bundesregierung wolle „unter geeigneten Umständen“ auf die griechischen Forderungen zurückkommen, und wie will — bejahendenfalls — die Bundesregierung das griechische Ansinnen mit Erfolg zurückweisen, wenn sie dem griechischen Minister Anlaß zu seinen Feststellungen gegeben haben sollte, wie will sie insbesondere die auf griechischer Seite gemachten Hinweise auf die Präzedenzwirkung der Leistungen an Jugoslawien und Polen entkräften?
109. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung in der Angelegenheit der beiden deutschen Staatsbürger Angela und Angelo Winkler aus Wiesbaden unternommen, die in der Türkei wegen angeblichen Rauschgiftschmuggels zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind?
110. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Besteht bei einer rechtskräftigen Verurteilung die Möglichkeit, die beiden deutschen Staatsbürger zur Verbüßung der Freiheitsstrafe nach Deutschland auszuliefern, und wenn ja, wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen?

111. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß am 6. Januar 1977 in Moskau vier Deutsche, die ihre Ausreise in den freien Teil Deutschlands beantragt haben, widerrechtlich verhaftet worden sind, und was unternimmt — bejahendenfalls — die Bundesregierung, um diese Menschen aus der Haft zu befreien und ihnen zur Ausreise zu verhelfen?
112. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Ost-Berlin die Internationale Konvention über zivile und politische Rechte — die auch für die „DDR“ verbindlich geworden ist — so interpretiert, daß sie keinen völkerrechtswirksamen Anspruch auf Auswanderungsfreiheit begründet, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls für ihre künftige Vertragspolitik aus einer Auffassung, die die völkerrechtliche Möglichkeit zur Begründung individueller Rechte leugnet?
113. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der für dieses Jahr geplante Austausch von Buchausstellungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gefährdet ist, weil die Sowjets hinsichtlich der Präsentation der Berliner Verlage als Bestandteil der deutschen Buchproduktion Schwierigkeiten bereiten, so daß der Geschäftsführer der mit der Ausrichtung befaßten Ausstellungs- und Messe-GmbH des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels sich gezwungen sah, seine für Mitte Januar geplante Reise nach Moskau abzusagen, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um die sowjetische Regierung zur Einhaltung der mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin übernommenen Verpflichtungen zu bewegen?
114. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Sowjetunion selbst Kunstausstellungen in Privatwohnungen behindert und die daran Beteiligten mit Drohungen verfolgt werden, daß insbesondere die Freizügigkeit zu dem Zweck eingeschränkt wird, den Besuch solcher Ausstellungen unmöglich zu machen, und zu welchen Überlegungen geben — bejahendenfalls — diese Vorfälle der Bundesregierung im Zusammenhang mit der in diesem Jahr bevorstehenden Überprüfung der Befolgung der Vereinbarungen von Helsinki Anlaß?
115. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Staatsbürger seit dem Militärputsch vom 24. März 1976 in Argentinien inhaftiert wurden, wie viele bisher wieder freigelassen wurden, gegen wie viele in der Zwischenzeit ein Gerichtsverfahren mit welchen Anklagen eröffnet wurde?
116. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Welche diplomatischen Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um die im Zuge des Militärputsches in Argentinien verhafteten Deutschen wieder auf freien Fuß setzen zu lassen, und in wie viel Fällen hat sie damit Erfolg gehabt?
117. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß 1800 Deutsche in der Sowjetunion sich hilfeschend an den Bundeskanzler mit der Bitte gewandt haben, ihnen die von den sowjetischen Behörden unter Mißachtung der Vereinbarungen von Helsinki verweigerte Ausreise zu erwirken, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung bisher zu diesem Zweck unternommen?

118. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, daß im Januar 1977 ausreisewillige Deutsche in der Sowjetunion verhaftet worden sind, ihren Arbeitsplatz verloren haben oder am Betreten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gewaltsam gehindert worden sind und wenn ja, um wie viele Deutsche handelt es sich?
119. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung eine Demarche bei der Regierung der ČSSR dahin gehend erheben, die nach Artikel 19 des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte menschenrechtswidrigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Unterzeichner der „Charta 77“ zu unterlassen, nachdem die Bundesregierung willens ist, die Bestimmungen des Weltpakts „in vollem Umfang zur Anwendung zu bringen“ (Drucksache 7/5948, S. 6, Nummer 10) und es Recht eines jeden Vertragsstaats ist — das nicht durch die besondere Regelung der Staatenbeschwerde nach Artikel 41 des Pakts ausgeschlossen wird — die Beendigung von Vertragsverletzungen auch im zweiseitigen Verhältnis zu fordern (Antwort auf meine Frage vom 10. Dezember 1976)?
120. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Muß aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage nach konkreten Schritten zur Vorbereitung der KSZE-Prüfungskonferenz in Belgrad der Schluß gezogen werden, daß es solche konkreten Schritte bislang nicht gegeben hat, und um welche Schritte handelt es sich verneinendenfalls im einzelnen?
121. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie in der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy“ vom Anfang Dezember 1976 gemeldet wurde — drei polnischen Persönlichkeiten, dem Sejm-Abgeordneten Osmańczyk, Prof. Dr. Pili-chowski und dem Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften Markiewicz, die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet wurde, und wenn ja, welche Überlegungen hat die Bundesregierung zu dieser Maßnahme bestimmt?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie
Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche
Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach DDR-Behörden sich weigern, von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin Rechtsfälle zur Prüfung und Bearbeitung entgegenzunehmen, bei denen es um die Wahrnehmung der Interessen von Bewohnern von Berlin (West) geht, und wenn ja, seit wann verfährt die DDR auf diese Art, und wie hat die Ständige Vertretung auf dieses vertragswidrige Verhalten reagiert?
2. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um den betroffenen Westberlinern jenen Beistand zuteil werden zu lassen, auf den sie Anspruch haben, und wie wird die Bundesregierung die DDR zu einem vertragskonformen Verhalten bewegen?
3. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung noch andere, in der Öffentlichkeit nicht erörterte Praktiken der DDR bekannt, die im Vier-Mächte-Abkommen über Berlin bestätigte Zugehörigkeit Berlins zum Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes zu bestreiten oder zu inhibieren, und wenn ja, wie hat sie darauf reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die wiederholten Forderungen des Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der UdSSR, Sergej Lapin, und/oder anderer sowjetischer Stellen nach Ablösung des Leiters der Osteuroparedaktion des Senders Deutsche Welle, Botho Kirsch, und haben Vertreter der UdSSR oder der KPdSU gegenüber Vertretern der Bundesregierung außer über Botho Kirsch ihr Mißfallen über weitere deutsche Rundfunkjournalisten geäußert und/oder deren Abberufung gefordert?
5. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Ausmaß in Verfahren über die Gewährung von politischem Asyl in der Bundesrepublik Deutschland die Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den syrisch-orthodoxen Christen von Tur Abdin in der südöstlichen Türkei hinreichend berücksichtigt werden?

6. Abgeordneter **Erhard**
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Botschaft in Ankara darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Verfolgungen nicht nur um eine Schlechterstellung sondern um eine echte Verfolgung handelt, die zahlreiche Christen bereits zum Verlassen ihrer Heimat, beispielsweise dem Dorf Azech, veranlaßt haben, worüber die Frankfurter Allgemeine Zeitung in der Ausgabe vom 10. Januar 1977 berichtet hat?
7. Abgeordneter **Spranger**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Leningrader Angehöriger der Bürgerrechtsbewegung in einer psychiatrischen Klinik eingesperrt bleibt, obwohl sogar eine sowjetische Gutachterkommission ihn als geistig völlig normal befunden hat, und wie beurteilt gegebenenfalls angesichts eines solchen Verhaltens die Bundesregierung den sowjetischen Willen, die Vereinbarungen von Helsinki vollständig zu erfüllen?
8. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen**
(SPD) Was kann die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß sich der Verwaltungsaufwand des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz in einem angemessenen Verhältnis zu seinen Aufgaben und seinen finanziellen Möglichkeiten bewegt?
9. Abgeordneter **Gierenstein**
(CDU/CSU) Was tut die Bundesregierung, um Flüchtlingen aus dem unter kommunistischer Herrschaft geratenen Indochina zu einer neuen Heimat zu verhelfen, und ist sichergestellt, daß alle Schiffe unter deutscher Flagge die in Booten flüchtenden Menschen an Bord nehmen und ihnen Hilfe leisten?
10. Abgeordneter **Krockert**
(SPD) Treffen Zeitungsberichte zu, wonach es bei der Betreuung des politischen Gefangenen Klaus Dieter Genuit während seiner Haft in Argentinien, nach seiner Freilassung und vor allem anlässlich seines Transfers in die Bundesrepublik Deutschland zu erheblichen Versäumnissen seitens der deutschen Botschaft in Buenos Aires gekommen ist und der Gefangene beispielsweise durch Botschaftspersonal weder vom Gefängnis zum Flughafen begleitet wurde noch entsprechende medizinische Hilfe während seiner Haftzeit erhielt?
11. Abgeordneter **Dr. Czaja**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die kürzliche Auffassung des Bundessozialgerichts (das sich seinerseits auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975 stützt), daß die deutschen Ostgebiete „nicht Ausland sind“, und wenn ja, wie ist dies mit der Meinung vereinbar, daß Teile Gesamtdeutschlands für die eigene Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland als zu Polen gehörig behandelt werden sollen (Antwort vom 15. Dezember 1976 auf die Frage vom 29. November 1976)?
12. Abgeordneter **Biehle**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die staatlich gelenkte polnische Propaganda deutsche Zeitschriften als Nachfolger der Goebbelschen Propaganda disqualifiziert und die Bürgerrechtler zu Kollaborateuren mit der früheren Besatzungsmacht stempelt, und sieht — beziehendenfalls — die Bundesregierung darin eine Belastung (Verschlechterung) der deutsch-polnischen Beziehungen, und was hat sie gegebenenfalls dagegen unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß — wie vom Land Baden-Württemberg beklagt — der Bund für die Aussiedler aus den Ostblockstaaten nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt, um die den Aussiedlern zustehenden Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz zu erfüllen, und wenn ja, handelt es sich hier um finanzielle, verwaltungstechnische oder grundsätzliche Schwierigkeiten, die den Bund hindern, seine Verpflichtungen einzuhalten?
14. Abgeordneter
Fellmermaier
(SPD)
- Hat die Bundesregierung nach dem dritten Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen am 13. Januar 1977 sichergestellt, daß alle notwendigen Untersuchungen des Vorfalls eingeleitet wurden?
15. Abgeordneter
Fellmermaier
(SPD)
- Welche Konsequenzen hinsichtlich zusätzlicher Sicherheitsnormen gedenkt die Bundesregierung zu ziehen, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten?
16. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Was ist seitens der Bundesregierung im Jahre 1976 unternommen worden, um die immer stärker zunehmende Verwendung der unzulässigen Bezeichnung „BRD“ anstelle des im Grundgesetz ohne Abkürzungsmöglichkeit festgelegten Begriffs „Bundesrepublik Deutschland“ zu unterbinden?
17. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf die in der Sendung des ZDF-Magazins vom 5. Januar 1977 getroffenen Feststellungen gegen die verstärkt aufkommende Anwendung der Bezeichnung „BRD“ zu unternehmen?
18. Abgeordneter
Gattermann
(FDP)
- Trifft es zu, daß bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk auf der Grundlage der vom Bundesamt für Zivilschutz — VA 2-108-80 — am 1. August 1970 erlassenen Richtlinien Reinigungsarbeiten für Diensträume als Werkvertrag an nicht in die Handwerksrolle eingetragene Einzelpersonen vergeben werden, die nicht gegen Berufsunfall- und Krankheitsrisiken abgesichert sind, und wenn ja, gedenkt die Bundesregierung, diese Praxis fortsetzen zu lassen?
19. Abgeordneter
Gattermann
(FDP)
- Hält die Bundesregierung diese Praxis für mit der geltenden Rechtsordnung (Handwerksordnung, Vergabeordnung) vereinbar und die fehlende Absicherung der Reinigungskräfte gegen Berufsunfall- und Krankheitsrisiken sozialpolitisch verantwortbar?
20. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Bestätigt die Bundesregierung die Erfahrung deutscher Exporteure, daß das derzeitige Bundesreisekostengesetz, das in der Privatwirtschaft uneingeschränkt angewendet wird, durch die Kostenentwicklung der letzten Jahre vor allem in afrikanischen und fernöstlichen Ländern überholt ist und die pauschalen Tagessätze, da Einzelnachweis praktisch undurchführbar ist, den Kostensteigerungen dringend angepaßt werden müssen, und wenn ja, wird die Bundesregierung entsprechend tätig werden?

21. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundeszentrale für politische Bildung sich gegen das Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein“ ausspricht und eine Erziehung auf die Einheit der Nation hin als gefährlich ansieht, und wie vereinbart die Bundesregierung dies gegebenenfalls mit der vom Bundesverfassungsgericht bekräftigten Verpflichtung, alles zu unternehmen, um die Wiedervereinigung in Freiheit zu fördern, und alles zu unterlassen, was der Erreichung dieses Ziels abträglich wäre?
22. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um ihre Bediensteten und die der ihr nach- und zugeordneten Behörden und Institutionen mit dieser Pflicht vertraut zu machen, und wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag zuwiderlaufende Handlungen und Unterlassungen vermieden werden?
23. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um das Genehmigungsverfahren für Kohlekraftwerke zu vereinfachen, und wie gedenkt sie insbesondere eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu gestalten, um die Genehmigung von Kohlekraftwerken zu erleichtern?
24. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Wie ist die Entsorgung für das Kernkraftwerk Isar I in der Gemeinde Ohu bei Landshut gesichert und nachgewiesen, und welche Genehmigungsaufgaben wird die Bundesregierung zusätzlich erlassen?
25. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Welche Gutachten wurden im Laufe des bisherigen Genehmigungsverfahrens vorgelegt oder sind noch zu erwarten, und durch welche Maßnahmen wird das Kernkraftwerk gegen äußere Einwirkungen (Truppenübungsgelände, Flugzeuge, Erdbeben, Dritte) geschützt?
26. Abgeordneter
Konrad
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Verbände der Wasserversorgung und der Wasserwirtschaft (BGW, VKU, ARW, DVGW und VDG), wonach die am 3. Dezember 1976 von den Rheinanliegerstaaten beschlossene Chlorid- und Chemiekonvention nur eine Alibilösung ist, oder sieht die Bundesregierung in den beiden Abkommen, insbesondere in der Chlorid-Konvention, einen wirkungsvollen Anfang für vorbeugenden Gewässerschutz, und welche Konsequenzen wird sie aus ihrer Beurteilung der Konventionen ziehen?
27. Abgeordneter
Konrad
(SPD)
- Hat der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft seine Vorstellungen zur Chlorid- und Chemiekonvention bereits vor deren Ratifizierung der Bundesregierung vorgetragen, und welche Folgerungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls daraus gezogen?
28. Abgeordneter
Schäfer
(Appenweier)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien (VWA) mit deren Studiengängen und Examen staatlich anzuerkennen, und womit ist die bisherige Nichtanerkennung zu begründen?

29. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse und Erkenntnisse haben die Untersuchungen des letzten Betriebsunfalls im Kernkraftwerk Gundremmingen erbracht?
30. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Welche Folgerungen für die Sicherheit der Anlagen, der Bevölkerung und der Umwelt ergeben sich daraus für bestehende und geplante Kernkraftwerke?
31. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche und wieviel Leistungssport orientierte Einrichtungen, die in den Schulsport integriert sind oder in einer Verbindung zur Schule stehen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wer ist Träger dieser Einrichtungen und wie erfolgt die Finanzierung?
32. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Sind weitere Leistungssport orientierte Einrichtungen geplant, und wie beurteilt die Bundesregierung Ziele und Entwicklungstendenzen dieser Einrichtungen?
33. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler mit der in seiner Neujahrsansprache verwandten Bezeichnung „Osteuropa“ auch die Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reichs ansprechen wollen, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die darin zum Ausdruck kommende Auffassung oder ist sie mit mir der Meinung, daß die Bezeichnung der deutschen Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reichs mit „Osteuropa“ die Zugehörigkeit dieser Menschen zum deutschen Volk ableugnet und damit im Gegensatz zum Grundgesetz steht?
34. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung die Entschädigung solcher Grundeigentümer zu regeln, die entlang der Zonengrenze durch die Grenzziehung nach 1945 nicht mehr in der Lage sind, ihre Grundstücke in der DDR zu nutzen?
35. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Ich frage die Bundesregierung aus gegebenem Anlaß, ob Abgeordnete der derzeitigen Regierungskoalition bei einer Intervention örtliche kommunale Probleme betreffend seitens der zuständigen Dienststellen des Bundes gegenüber Abgeordneten der derzeitigen Opposition in irgendeiner Weise bevorzugt werden und kommunale Stellen deshalb „auf wertvolle Hilfe verzichten“ würden, wenn sie einen Oppositionsabgeordneten anstatt eines Koalitionsabgeordneten um Intervention bitten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

36. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, initiativ zu werden, daß für die zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten generell nach 15 Jahren Haftzeit eine richterliche Überprüfung stattfindet, ob eine Entlassung möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

37. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Teile des dem Bund gehörenden Geländes zwischen der Schleißheimer und Ingolstädter Straße in München für die Errichtung eines Friedhofs im Münchener Norden nach dem Grundstücksverbilligungsgesetz an die Stadt München abzugeben?
38. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Welche Einschätzung des zu erwartenden Steuerausfalls hat dazu Anlaß gegeben, die Beseitigung der beträchtlichen steuerlichen Benachteiligung unterhaltsverpflichteter geschiedener und getrennt lebender Eltern sowie unterhaltsverpflichteter Eltern nichtehelicher Kinder an die Voraussetzung der Mehrwertsteuererhöhung zu binden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) In welcher Höhe hat die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode raumwirksame Mittel der Westpfalz zur Verfügung gestellt, wieviel Mittel sind in die Zonenrandgebiete geflossen, und welches ist das Verhältnis der raumwirksamen Förderung zwischen Zonenrandgebieten und Westpfalz, bezogen auf Fläche und Einwohnerzahl?
40. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, das Verhältnis zwischen der Förderung der Zonenrandgebiete und der Förderung der Westpfalz in der neuen Legislaturperiode zugunsten der Westpfalz zu verändern?
41. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung antiisraelitische Boykottmaßnahmen bekannt, die in etwa aus dem nachfolgend wiedergegebenen Text einer Erklärung ersichtlich werden, welcher einer Firma im Sprengel des Landgerichts Ellwangen vorgelegt wurde (We certify that the goods mentioned in the irrevocable Credit No. 5226/121/76/8925 are wholly produced or manufactured in West Germany and do not comprise any parts raw materials, labour or capital of Israeli origin. — We certify that the manufacturer is not a branch or a mother company of firms included in the Israeli Boykott Blacklist.), und verfügt gegebenenfalls die Bundesregierung über Möglichkeiten, um derartige Boykottaktionen in der Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden?
42. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Aufgabenstellung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dahin zu erweitern, daß das Jahresgutachten künftig um einen Bericht über die strukturpolitische Entwicklung der Bundesrepublik ergänzt wird, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?
43. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine jährliche Erfolgskontrolle der strukturpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder dringend notwendig ist, und wie beurteilt sie die trotz der Maßnahmen der vergangenen Jahre größer werdende Kluft zwischen den strukturstarken und den strukturschwachen Regionen?

44. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Auf welche Weise gedenkt konkret die Bundesregierung, den Regionen zu helfen, die — wie das Emsland — an der Spitze aller Regionen der Bundesrepublik Deutschland liegen, was das Verhältnis von Arbeitslosigkeit, Geburtenüberschuß und Abwanderungen anbetrifft, und in welchem Umfang wird das von der Bundesregierung geplante Sonderprogramm diesen Gebieten zu helfen versuchen?
45. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei dem geplanten Sonderprogramm auch Maßnahmen für die Regionen vorzusehen, die — wie einzelne Räume im Westen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen — wegen ihrer textilen Monostruktur arbeitsmarktpolitisch in besonderer Weise gefährdet sind?
46. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung, wenn nur die im Bau befindlichen Kernkraftwerke noch fertiggestellt werden im Hinblick auf die Zielvorstellungen ihres Energieprogramms, und wie gedenkt sie die Deckungslücke an elektrischer Energie, die 1985 auftritt, zu schließen?
47. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wieviel Kernkraftwerke sind am Stichtag 31. Dezember 1976 in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb, differenziert nach Kapazität und Standort, wieviel sind im Bau und für wieviel ist das Genehmigungsverfahren eingeleitet?
48. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nach Vorliegen des für den Planungsausschuß Bund/Länder in Auftrag gegebenen Gutachtens eine Änderung der Fördergebietskulisse für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ dahin gehend vorzunehmen, daß Räume mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt als Fördergebiete deklariert werden?
49. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Bis zu welchem Zeitpunkt ist daran gedacht, eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen?
50. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Teil der Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland (absolut und relativ), zu deren Benutzung eine Genehmigung staatlicher Behörden erforderlich ist (z. B. Energie, Chemie), und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für eine Wirtschaftspolitik, deren Ziel unter anderem auch die Stimulierung der Investitionstätigkeit ist?
51. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei Autoversicherungen darauf hinzuwirken, daß diese eine preiswertere Versicherungsklasse für diejenigen Autofahrer einführen, die freiwillig auf einige Rechte (z.B. Mietwagen) verzichten?
52. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der durch Pressenotizen bekannt gewordenen schwedischen Pläne, versuchsweise eine standardisierte und auf Automation ausgerichtete Modernisierung von kleineren Wasserkraftwerken durchzuführen,

derartige Maßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland in den Katalog der Energieförderungsmaßnahmen aufzunehmen, um eine rationellere Ausschöpfung dieser wichtigen Energiequelle durch eine Verbesserung der Ausrüstung und rentablere Gestaltung zu ermöglichen?

53. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung es als vertretbar an, auf einen Ausbau und eine Modernisierung von Wasserkraftwerken zu verzichten, obwohl bei der laufenden Energieverknappung und Verteuerung jede Energiequelle optimal auszunutzen ist, zumal wenn sie eine umweltfreundliche Ausbeutung zuläßt?
54. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen des geplanten mittelfristigen Investitionsprogramms sicherstellen, daß auch Ausbau, Anpassung und Neugestaltung von Handels- und Gewerbezentren und Fußgängerzonen, insbesondere in Mittelzentren, gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

55. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angezeigt, die Finanzierungsverschlechterungen bei Flurbereinigungsmaßnahmen in den von der Natur benachteiligten Gebieten im Hinblick auf die landwirtschaftliche Struktur und die schwierige wirtschaftliche Situation in diesen Gebieten wieder rückgängig zu machen, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

56. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Novellierung des § 67 Abs. 3 des Arbeitsförderungsgesetzes vorzunehmen, die es in Ausnahmefällen der Arbeitsverwaltung ermöglicht, eine Ausdehnung der Höchstbezugsfrist für das Kurzarbeitergeld über 24 Monate hinaus zu gewähren?
57. Abgeordneter
Dr. von Bismarck
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das neue Jugendarbeitsschutzgesetz wegen seiner Nichtanwendbarkeit auf Schüler, die der Vollzeitschulpflicht unterliegen, eine ärztliche Untersuchung nicht zu Beginn des Berufsgrundbildungsjahrs vorsieht, so daß ein Jugendlicher ein Berufsfeld wählen kann, in dem er später wegen zunächst nicht erkannter gesundheitlicher Schäden die gewünschte Berufstätigkeit nicht ausüben vermag, und beabsichtigt die Bundesregierung, falls dies zutreffen sollte, eine entsprechende Änderung des Gesetzes herbeizuführen, die im Sinne der notwendigerweise engen Verbindung zwischen Berufsgrundbildungsjahr und anschließender betrieblicher Ausbildung läge?

58. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Welche Lösungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, vor Rechtswirksamkeit eines Adoptionsvertrags den Krankenversicherungsschutz eines Kindes bereits bei dessen Inobhutnahme durch die Adoptiveltern sicherzustellen?
59. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung eine Antwort auf die Frage geben, wieso trotz Einheitlichkeit der Rechtsgrundlagen eine Reihe von Amateurboxsport-Vereinen der Bundesliga für Boxer aus Drittländern, insbesondere für sogenannte „schwarze Perlen“, offenkundig Arbeitserlaubnisse erwirken können, während anderen Vereinen diese Möglichkeit versagt bleibt, und geben die bestehenden Vorschriften für die Dienststellen der Arbeitsverwaltung soviel Entscheidungsspielraum her, oder liegt der unterschiedlichen Handhabung gleicher Sachverhalte Mißbrauch zugrunde?
60. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- In welchem Umfang ist die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nachgekommen, im Bundesdienst Schwerbehinderte zu beschäftigen?
61. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie sehen die Vergleichszahlen in den Bundesverwaltungen aus?
62. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie viele Bundesbedienstete wurden — aufgeteilt nach den einzelnen Bundesministerien — seit Inkrafttreten des Schwerbehindertengesetzes nachträglich als Schwerbehinderte anerkannt?
63. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen ihrer angekündigten Bemühungen zugunsten der Teilzeitarbeit auch die gesetzlichen Voraussetzungen für Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu verändern, da nach gegenwärtigem Recht eine arbeitslos gewordene Teilzeiterkraft nur dann als vermittelbar gilt und Leistungen beanspruchen kann, wenn sie entweder auch zur Übernahme einer Vollzeitarbeit bereit ist oder aber die Unfähigkeit dazu amtsärztlich nachweist?
64. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie viele Angehörige von Bauernfamilien (aufgeteilt nach Altersgruppen) haben in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1976 jährlich durch Unfälle mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen das Leben verloren oder schwere Verletzungen erlitten, was waren die Ursachen für diese Unfälle, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Landwirtschaft zu ergreifen?
65. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, wonach Träger der Rentenversicherung für die Richtigkeit der Angaben in ihren Broschüren nicht haften, einen Anlaß, im Interesse der Rechtssicherheit eine Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, eine zweifelsfreie Grundlage für eine Haftung der Rentenversicherungsträger zu schaffen, und wenn nein, warum nicht?

66. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Haushaltsmittel sind insgesamt für Kosten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel zur Verfügung gestellt und verbraucht worden, wie hoch ist der Anteil der Kosten für die Herstellung von Abzügen des von der Kommission erstatteten Gutachtens, und wieviel Abzüge wurden für diesen Kostenanteil hergestellt?
67. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Kommission für den Druck des Gutachtens in einer zur Befriedigung des Interesses an diesem Gutachten ausreichenden Auflage schließlich kein Geld mehr hatte, obwohl die der Kommission zur Verfügung gestellten Mittel auch für diesen Zweck hätten in Anspruch genommen werden und ausreichen müssen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Tatbestand?
68. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesarbeitsminister und/oder der Bundeswirtschaftsminister die bisherige Verbreitung des Gutachtens durch Abzüge als unzureichend ansehen und deshalb vom Deutschen Bundestag erwartet haben, er werde das Gutachten auf seine Kosten drucken und verteilen lassen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verhalten, und ist sie bereit, Versuchen entgegenzutreten, den Bundestag zum Veröffentlichungsorgan von Kommissionen und ähnlichen Gremien zu machen?
69. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regelung der Krankenversicherungspflicht für landwirtschaftliche Unternehmer dazu führt, daß diese sich auch auf solche im Hauptberuf krankenversicherungsfreien Personen erstreckt, die — häufig durch Erbgang — ein landwirtschaftliches Unternehmen nur im Nebenberuf bewirtschaften und für die landwirtschaftliche Krankenversicherung nicht paßt, weil sie z. B. hauptberuflichen Angestellten kein Krankengeld und keinen Arbeitgeberzuschuß gewährt und ihr Sachleistungssystem Beamten die Inanspruchnahme von Beihilfeleistungen unmöglich macht, und beabsichtigt die Bundesregierung, im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte einzubringen, der diese Unbilligkeiten vermeidet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

70. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Aufgaben und Effektivität hat das sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr für die innere Führung und den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland?
71. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß die Loncin-Kaserne in Euskirchen mit Einheiten der Bundeswehr früher belegt werden kann, als ursprünglich vorgesehen, und darauf zu drängen, die Instandsetzungsarbeiten innerhalb der Kaserne zügiger voranzutreiben, um so die Strukturverbesserung und die finanziellen Angelegenheiten der Stadt Euskirchen positiver zu beeinflussen?

72. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß innerhalb der Bundeswehr ab sofort Zivilbedienstete nur noch dann eingestellt werden, wenn deren Eintrittsalter unter 50 Jahre liegt und wenn ja, warum?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

73. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Sprechers des Bundesgesundheitsamts, wonach Massenimpfungen gegen Grippe als nicht empfehlenswert abgelehnt werden?
74. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Trifft es zu, daß mehr oder weniger geeignete Unternehmer in zunehmendem Maße Ausbildungseinrichtungen für Heilpraktiker schaffen und für den Besuch dieser Einrichtungen mit der Angabe werben, daß mit minimalen Voraussetzungen und Anforderungen der Zugang zu einem gewinnträchtigen Beruf eröffnet wird, und ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag in absehbarer Zeit die Novellierung des geltenden Heilpraktikergesetzes aus dem Jahr 1939 vorzuschlagen und (oder) Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den Heilpraktikerberuf zu erlassen, um damit den Zugang wenig geeigneter oder ungeeigneter Personen zu diesem Beruf wesentlich zu erschweren?
75. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Welche Diphtherieantitoxinseren sind zur Zeit vom Bundesgesundheitsamt zugelassen auf Grund welcher übereinstimmenden, einwandfrei randomisierten und stratifizierten, drop-out-freien und nicht pseudosequentiellen kontrollierten klinischen Studien wurde die Wirksamkeit entsprechend der Arzneimittelpflichtlinie nachgewiesen und die Bingel'schen Ergebnisse mit dem Leerserum überzeugend entkräftet?
76. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Wo sind diese Ergebnisse publiziert, und von wem sind diese gegebenenfalls wieder infragegestellt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

77. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Was können die Bundesregierung und ihre nachgeordneten Behörden tun, den Baubeginn einzelner Abschnitte der Bundesautobahn A 52 im Bereich der Gemeinden Niederkrüchten und Schwalmtal für 1979 sicherzustellen?
78. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von Beschwerden der Anwohner des Emscherschnellwegs wegen der von dieser Bundesautobahn ausgehenden beträchtlichen Verkehrsimmissionen, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

79. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen bzgl. der Errichtung von Schallschutzmaßnahmen am Emscherschnellweg, so u. a. für den Bereich in Gelsenkirchen, und wann ist mit dem Beginn dieser Maßnahmen zu rechnen?
80. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus einem Urteil des Kölner Oberlandesgerichts ziehen, nach dem umweltbewußte Autofahrer, die bei Dunkelheit während längerer Wartezeiten im Verkehrsstau oder vor Bahnschranken den Motor abstellen und deren Abblendlicht am Wagen sich automatisch vom Abblendlicht auf das Standlicht umschaltet, gegen das Gesetz verstoßen, und ist die Bundesregierung willens, diesen Widerspruch zwischen einer rein formellen Vorschrift und einem wünschenswerten umweltfreundlichen und energiesparenden Verhalten von Autofahrern dadurch aufzulösen, daß die Straßenverkehrs-Ordnung entsprechend geändert wird?
81. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit allen ihr rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß diese bei der Planung, beim Bau und beim Betrieb von Schnellbahnstrecken die Belange des Umweltschutzes, hier speziell des Lärmschutzes, beachtet, und werden für diese zum Schutze des Bürgers erforderlichen Maßnahmen notfalls auch Mehrkosten in Kauf genommen?
82. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, § 5 der Zusatzvereinbarung zum Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg vom 16. Juli 1975 (BGBl. 1976 II S. 1724 ff.) zu erfüllen, und wie steht die Bundesregierung zur Auffassung zahlreicher Experten, daß bereits bis 1978 zuverlässige Maßnahmen zur Verhinderung einer schädlichen Erosion der Rheinsohle ergriffen werden müssen und nicht auf das Ergebnis langfristiger Versuche wie zum Beispiel mit einer Geschiebebeigabe, deren Ausgang ungewiß ist, gewartet werden kann?
83. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung bei der Untersuchung von gesellschaftlichen Nutzen und Kosten (§ 7 Vorlage VV-BHO vom 21. Mai 1973) im Rahmen der Planung von Bundesfernstraßen die Notwendigkeit, auch die Gesichtspunkte des Landschaftsschutzes, des Gesundheitsinteresses der Bevölkerung sowie der möglichen zukünftigen Verkehrstechnologien zu berücksichtigen, und ist die Bundesregierung bereit, solche Kriterien beim Vergleich von Planungsalternativen in einem größeren Netzzusammenhang mit einzubeziehen?
84. Abgeordnete
Dr. Hüsch
Feinendegen
(CDU/CSU)
- Wann wird der Bundesverkehrsminister die von ihm bereits für die Zeit vor dem 3. Oktober 1976 (Bundestagswahl) angekündigte Entscheidung über den Ausbau der S-Bahn Hagen-Düsseldorf-Neuss-Mönchen-Gladbach treffen, bzw. welche Gründe stehen der Entscheidung entgegen?

85. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn bei der Einstellung von Auszubildenden gerade im strukturschwachen ostbayerischen Raum die Zahl der Ausbildungsstellen für dieses Jahr enorm reduziert hat, und — bejahendenfalls — wie soll diese strukturell außerordentlich beungünstigende Maßnahme in anderer Form aufgefangen werden?
86. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Reduzierung der Ausbildungsstellen der Deutschen Bundesbahn besonders chancenreiche Zukunftsberufe wie Elektroanlagen-Installateur und Energieanlagen-Elektroniker, obwohl Ausbildungsplätze und Ausbilder vorhanden sind, überdurchschnittlich stark gekürzt wurden, und wenn ja, was wird sie dagegen unternehmen?
87. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Unklarheit über das Weiterbestehen der Bundesbahnstrecke zwischen Volkmarsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) und Wolfhagen (Landkreis Kassel) einen erheblichen Verzögerungsfaktor für den Bau des Erpe-Stausees zwischen Volkmarsen und Wolfhagen darstellt, und kann der Bau-träger (hessischer Wasserverband Diemel) bei seinen weiteren Planungen davon ausgehen, daß die erwähnte Bundesbahnstrecke auch zukünftig erhalten bleibt?
88. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Lassen die Angaben der Landeskriminalpolizeidirektion Stuttgart, nach denen sich im Jahr 1976 mehr Luftfahrtunfälle im Land Baden-Württemberg als im Jahr zuvor ereignet haben, den Schluß zu, daß eine derartige Entwicklung nur in diesem Bundesland zu verzeichnen war, oder entspricht dies einem Bundestrend?
89. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Hält die Bundesregierung besondere Maßnahmen zur Verringerung von Luftfahrtunfällen für erforderlich, und wenn ja, welche?
90. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wann plant die Bundesregierung auf Grund der im Dezember 1976 gefällten Entscheidung, daß bezüglich der Ortsdurchfahrt Hasselbach im Zuge der Bundesstraße 8 eine kleine Umgehung errichtet werden soll, das notwendige Planfeststellungsverfahren durchzuführen?
91. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wann ist mit dem weiteren Ausbau der B 8 in Form einer kleinen Umgehung innerhalb der Ortslage Hasselbach im Zuge der B 8 zu rechnen?
92. Abgeordneter
Gerlach
(Obernai)
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Systematik und Erwägungen wurden die heutigen Kraftfahrzeugkennzeichen an Städte und Kreise vergeben, und aus welchen Gründen wurde das Kennzeichen „L“ bei der Einführung des jetzigen Kennzeichensystems nicht vergeben?

93. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Inwiefern trägt ohne eine Einstufung der A 98 zwischen Friedrichshafen und dem Achberger Kreuz in die Dringlichkeitsstufe Ia die Einstufung der A96 in diese Stufe den Verkehrsbedürfnissen der Stadt Friedrichshafen „in besonderem Maße Rechnung“, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage zum 17. Januar ausführt?
94. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung tun, um die nach Fertigstellung der A98 zwischen Kempten und Weitnau Anfang der achtziger Jahre zu erwartende totale Verstopfung der Ortsdurchfahrt der B 12 durch die Stadt Isny zu vermeiden, die den Bürgern dieser Stadt besonders dadurch unzumutbare Belastungen aufbürden wird, daß der Verkehr auf der B 12 durch den Kern der Innenstadt führt?
95. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die Umgehungsstraße B 221 in der Gemeinde Niederkrüchten, Ortsteil Niederkrüchten, im Kreise Viersen gebaut wird?
96. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die Fernsprechteilnehmer der am 1. Januar 1977 in die Landeshauptstadt Wiesbaden eingegliederten ehemaligen Gemeinden des Main-Taunus-Kreises, (Naurod, Aurin-gen, Medenbach, Breckenheim, Nordenstadt, Delkenheim) in das Ortsnetz von Wiesbaden einbezogen werden, und aus welchem Grund erfolgte dies nicht zum 1. Januar 1977?
97. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß von Postbenutzern bereits heute für Briefsendungen eine der neuen Gebietseinteilung entsprechende Beschriftung verlangt wird, während den Postkunden die Vorteile, die sich aus der Eingemeindung ergeben könnten, noch vorenthalten werden?
98. Abgeordneter
Dr. Gölder
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt wird das Fernsprechnetzt im vorderpfälzischen Raum, insbesondere in den Landkreisen Ludwigshafen, Bad Dürkheim und der Stadt Neustadt, auf die gültigen Verwaltungsgrenzen umgestellt sein?
99. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf Anweisung des Posttechnischen Zentralamts in Darmstadt die vom Postscheckamt in Essen herausgegebenen Postscheckvordrucke den Namen der Stadt Mönchengladbach als „Moenchgladbach“ wiedergeben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 1. Juni 1965 (Runderlaß vom 16. Juni 1965 – Ministerialblatt NW S. 742/SMBI NW 2020) über die amtliche Schreibweise der Namen der Gemeinden nur die amtliche Schreibweise „Mönchengladbach“ durch die Deutsche Bundespost verwendet wird?
100. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß mit der geplanten Eingliederung des Postamts Hofgeismar in den Zuständigkeitsbereich der Oberpostdirektion Münster sich die ohnehin schwierige Arbeitsmarktsituation im Raum Kassel weiter verschlechtert, und was gedenkt sie dagegen zu tun, daß sich in dieser Region der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst weiter fortsetzt?

101. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Ländergrenzen überschneidende Fernsprechbezirke häufig zu Beschwerden in der Fernsprechkundschaft führen, weil die amtlichen Fernsprechbücher der Oberpostdirektionen (OPD) in ihrer Abgrenzung nicht mit den politischen Ländergrenzen übereinstimmen und auf diese Weise die Anschlußermittlung eines Fernsprechkunden erschweren, und ist die Bundesregierung bereit, in den Fällen derartiger Grenzüberschneidungen zwischen postalischer und politischer Zuständigkeit einen bürgerwirksamen Reformbeitrag zu leisten, indem die Nennung dieser betroffenen Anschlußinhaber jeweils in beiden OPD-Fernsprechbüchern erfolgt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

102. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, zur Förderung eines kontinuierlichen Baugeschehens — auch im eigenen Bereich — dafür zu sorgen, daß in Einzelfällen die Fertigstellungstermine für Investitionszuschüsse auch über den 30. Juni 1977 hinausgeschoben werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

103. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Trifft eine Pressemeldung zu, derzufolge von Freitag, 14. Januar, bis Sonntag, 16. Januar, mindestens 15 Bürgern aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin die Einreise nach Ost-Berlin und in die DDR verweigert wurde, und wenn ja, aus welchen Gründen wurde die Einreise nicht gewährt, und in welcher Weise ist die Bundesregierung bei der DDR-Regierung vorstellig geworden?
104. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- In welchen Fällen ist die Ständige Vertretung der DDR in der Bundesrepublik Deutschland befugt, Visa für die Einreise in die DDR zu erteilen?
105. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wieviele der 9298 schriftlichen Eingaben, die nach Meldung des „Spiegel“ in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin eingegangen sind, stammen von Bewohnern der DDR?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

106. Abgeordnete
**Frau
Benedix**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Bundesausbildungsförderungsgesetz auch auf die Absolventen des Berufsgrundbildungsjahrs in Vollzeitschulform auszudehnen?

107. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Schüler mit Sonderschulabschluß praktisch nur ein normales Ausbildungsverhältnis durchlaufen können, und hält sie es für sinnvoll, einfachere Berufsbilder für Jugendliche zu schaffen, die geistig behindert oder lernbehindert sind?
108. Abgeordneter
Dr. von Bismarck
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, die Schüler des von ihr in besonderer Weise verbal geförderten Berufsbildungsjahres künftig auch in die Förderung nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz einzu beziehen, nachdem sie in ihrem Bericht zu diesem Gesetz vom 30. Dezember 1976 einen Ausblick auf Leistungserweiterung nicht gegeben hat?
109. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Hinblick auf die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene neue Zulassungsordnung (besonderes Auswahlverfahren) sicherzustellen, daß für die Zulassung zum Medizinstudium eine sinnvoll verbrachte Tätigkeit in Krankenhäusern etc. während der Zeit des Wartens auf die Zulassung zum Studium nach dem bisherigen Auswahlverfahren positiv berücksichtigt wird?
110. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Welchen Zeitpunkt im Jahr 1977 beabsichtigt die Bundesregierung, nach ihren derzeitigen Überlegungen in dem angekündigten Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes für die Anpassung der Leistungen nach diesem Gesetz vorzuschlagen?
111. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der belgische Unterrichtsminister am 9. August 1976 verfügt hat, daß vom Schuljahr 1976/77 an alle ausländischen Kinder, deren Eltern nicht in Belgien wohnen, Schulgeld entrichten müssen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung über eine routinemäßige Behandlung in der deutsch-belgischen Kulturkommission hinaus zu tun, um die Rechte und Interessen deutscher Eltern zu wahren und um den belgischen Unterrichtsminister zur Korrektur einer Verfügung zu veranlassen, die den erklärten Willen der belgischen Regierung zur Förderung der europäischen, insbesondere der grenznahen, Zusammenarbeit widerspricht?
112. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Kindern von Aussiedlern aus den deutschen Ostgebieten und aus osteuropäischen Ländern die Kosten zu ersetzen, die durch den Besuch eines Internats entstehen, weil nicht in allen Regionen Förderschulen zur Verfügung stehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

113. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die von ihr geförderte Forschungsinsel Nordsee, und was hat sie unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um auf dieser Forschungsinsel in einem vertretbaren Umfang Forschungsarbeiten durchführen zu lassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

- 114 Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 19. Januar 1977 veröffentlichten Forschungen der NASA über die wirtschaftliche Nutzung der Wasserhyazinthe (*Eichhorniacrassipes*) bekannt, und ist sichergestellt, daß diese Erkenntnisse für das deutsche Wasserhyazinthenprojekt im Sudan unmittelbar genutzt werden können?

Bonn, den 28. Januar 1977